Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

Münchner Merkur Nr. 248 | Donnerstag, 27. Oktober 2011

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel

zwischen
Peter Gauweiler und **Christian Ude**

Träume eines Bürgermeisters

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Lieber Peter,
I had a dream. Ich hatte gestern einen Traum, nach der Mittagspause, in der ich mir zum geburtstäglichen Kabeljau einen Weißwein habe schmecken lassen. Aber dann, bei den anschließenden Beratungen des Deutschen Städtetags, bei denen wir uns die unabsehbaren Auswirkungen des gesetzlichen Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz ab 1.8.2013 ausgemalt haben, bin ich wohl eingenickt, weil ich nicht noch mehr hören wollte über die Prozesslawinen, die alle Eltern mit Kindern unter 3 Jahren gegen ihre Gemeindeverwaltung lostreten können, wenn es nicht genug Krippenplätze gibt.

Dabei sind wir Bürgermeister ja alle miteinander für die Kinderbetreuung auch bei den Kleinsten, wenn die Eltern dies wünschen oder brauchen. Mehr noch: Wir waren „immer schon" dafür, also auch schon vor Jahrzehnten, als sich Repräsentanten der hohen Politik noch geschüttelt haben vor Entsetzen, dass manche Rabenmutter tatsächlich ihr Kleines in eine staatliche Einrichtung geben will, statt selber ihren mütterlichen Pflichten nachzukommen. Nur: Es ist nicht so einfach, den heute explosionsartig wachsenden Wunsch nach solchen Betreuungsangeboten schnurstracks zu realisieren. Dafür sind nicht nur Milliardenbeträge erforderlich (schon wieder Milliarden!, wie ich dieses Wort inzwischen hasse!), sondern auch in jedem Einzelfall Grundstücke am rechten Fleck, Baupläne und Genehmigungen und nach Realisierung der Bauvorhaben auch noch die notwendige Zahl von Erzieherinnen, die sich Deutschlands Kommunen heutzutage in ihrer Personalnot gegenseitig vor der Nase wegschnappen. Kein Wunder also, dass trotz größter Anstrengungen immer noch Krippenplätze fehlen, schlimmer noch: Dass die Nachfrage schneller wächst als das Angebot. Kollegen erzählen schon von Bedarfszahlen, die nahe bei 60 % pro Jahrgang liegen. Und alle Familien, die nicht zum Zuge kommen, können Klage erheben und Schadensersatz verlangen. Das gibt vielleicht eine Prozesslawine!

Aber dann, wie gesagt, bin ich eingenickt. Und träumte davon, dass wir Bürgermeister mal den Spieß umdrehen könnten. Wie wäre es, wenn wir – immerhin vom Volk direkt gewählt – mal für kurze Zeit für die Gesetzgebung zuständig wären und ihr Parlamentarier für die Realisierung unserer Versprechen. Was könnten wir da nicht alles beschließen! Als Erstes fiel mir der gesetzliche Anspruch auf einen Arbeitsplatz ein. Das wäre doch das Mindeste, dass jeder Deutsche endlich einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz bekommt und den Bund auf Schadensersatz verklagen kann, wenn er die Erfüllung dieses Versprechens schuldig bleibt. Und auch die Bundesländer, die ja am Rechtsanspruch auf Krippenplätze mitgewirkt haben, könnten wir ganz schön in die Pflicht nehmen! Her mit dem Rechtsanspruch auf einen qualifizierten Schulabschluss! Vom Rechtsanspruch auf eine Ganztagsschule und einen Gratis-Studienplatz gar nicht zu reden.

Wäre das nicht eine wunderbare Welt? Der Deutsche Städtetag könnte bei jeder Tagung neue Rechtsansprüche in die Welt setzen und den Beifall sowie den Dank der beschenkten Bürgerschaft einheimsen, während die Parlamentarier des Bundes und der Länder dem Tag entgegenzittern müssen, an dem sie vor Gericht gezerrt werden, weil sie aus Bosheit oder Unfähigkeit das Gesetz einfach nicht fristgerecht in die Tat umsetzen wollen.

Keine Sorge, ich wurde schnell am Ärmel gezupft und aus diesen Phantastereien gerissen. Aber bei Euch Politikern höherer Ebene tut das keiner. Ihr dürft weiterhin beschließen, dass Ihr gönnerhaft dem Volke Rechtsansprüche schenkt, die von den Rathäusern dann erfüllt werden müssen. Mit welchen Mitteln? Auf welchen Flächen? Mit welchem Personal? Das braucht Euch nicht weiter zu kümmern.

Leider muss ich aber auch noch auf ein Thema eingehen, über das wir schon seit mehr als zwei Jahren streiten: Auf das schwarz-gelbe Versprechen, die Steuern in gigantischem Ausmaß zu senken. Um diese frohe Botschaft war es schon so still geworden, dass man vermuten musste, Ihr wolltet sie im Dunkel der Nacht, besser gesagt in der Finsternis der internationalen Finanz- und Schuldenkrise unauffällig begraben. Selbst die FDP, die ihre Existenzberechtigung jahrelang ausschließlich mit diesem Versprechen nachweisen wollte, gab sich schon als seriöse Partei aus mit der verblüffenden Begründung, für Steuergeschenke sei leider kein Spielraum vorhanden. Aber dann? Was geschah dann? Als Philipp Rösler mit Wolfgang Schäuble der Nation verkündete, dass man wenigstens die kalte Progression in die Schranken weisen wolle, ertönte lauter Protest vom Dritten im Bunde, der nicht einmal gefragt worden war und deshalb so beleidigt gewesen ist, dass er lieber die Steuergeschenke unterbunden hat, als die Verteilung kleiner Münzen ohne eigenes Zutun zu gestatten.

Sei mir nicht böse, aber bei solchen Inszenierungen habe ich schon den Verdacht, die Bayerische Staatsregierung wolle mit aller Macht Dreier-Koalitionen madig machen, damit nur ja kein Mensch im Freistaat auf die Idee kommt, so etwas könne man auch in weißblauen Landen einmal probieren ...

Es grüßt Dich herzlich
Dein Christian